

**Haushaltsplan 2007
– Einzelplan 4 des Sozialreferates –**

Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 08773

1 Anlage

**Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses
und des Sozialausschusses vom 10.10.2006 (VB)**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Ausgangslage

1.1. Haushaltssituation

Die Vollversammlung des Stadtrates hat im Zuge der Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte am 14.12.2006 das 4. Haushaltssicherungskonzept (4.HSK) für die Jahre 2007 – 2011 beschlossen. Neben den Vorgaben des 2. Haushaltssicherungskonzeptes 1997 (Nullsteigerung im pauschal bewerteten Bereich) muss vom Sozialreferat im Rahmen des 4.HSK in 2007 ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 1.291.000,- € erbracht werden (Beschluss der Vollversammlung vom 14.12.2005 und Eckdatenbeschluss vom 26.07.2006).

1.2. Ziel- und produktorientiertes Vorgehen

Für das Jahr 2007 sieht das Sozialreferat folgende prioritäre Handlungsfelder :

- **Handlungsfeld 1** „Kinder und Jugendliche fördern, Familien unterstützen, Bildung ermöglichen“
- **Handlungsfeld 2** „Selbstständigkeit erhalten, Existenz sichern“
- **Handlungsfeld 3** „Wohnen in der Stadt sichern, Selbsthilfe und Integration im Wohnquartier fördern“
- **Handlungsfeld 4** „Vielfalt gestalten, das Zusammenleben fördern, gemeinsame Verantwortung im Stadtteil stärken“
- **Handlungsfeld 5** „Bürger(innen)freundlich und dienstleistungsorientiert arbeiten“

Für diese Handlungsfelder wurden Ziele formuliert, die bei einzelnen betreffenden Produkten zu Anmeldungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2007 geführt haben. Die Ziele des Sozialreferates für das Jahr 2007 hat der Stadtrat vor dem Eckdatenbeschluss am 26.07.2006 bereits in den Sitzungen des Sozialausschusses am 06.07.2006 und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses am 11.07.2006 beschlossen. Das stadtweit geltende Verfahren schreibt vor, zu den Haushaltsberatungen die ggfs. überarbeiteten Ziele mit den bereits dotierten Produkten den Fachausschüssen vorzulegen. Zeitgleich mit dieser Vorlage wird der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung daher nochmals über die Ziele des Sozialreferates für das Jahr 2007 unterrichtet. Diese Vorgehensweise entspricht dem zukünftigen Verfahren zur Aufstellung eines produktorientierten Haushaltes (Beschluss der Vollversammlung vom 23.07.2003 „NSM-Module: Ziele, Produkte, Berichte“).

2. Ziel- und produktorientierte Budgetierung 2007

Als ersten Schritt hin zu einem produktbezogenen Haushalt werden die im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vom 26.07.2006 vorgenommenen Ausweitungen des Budgets 2007 im sächlichen wie personellen Bereich den betreffenden Produkten und zwar mit Benennung des damit verfolgten Zieles zugeordnet. Die Produktnummern basieren auf der 7. Fassung des Produktplans, der in der Vollversammlung des Stadtrates am 14.12.2005 verabschiedet worden ist.

2.1. Produktbereich 2 „Hilfe bei Erziehungs- und Beziehungsfragen“

Produkt 2.1.1 „Kindertagesbetreuung in Kinderkrippen“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung von 6 Kinderkrippen 	<p>3.101 TEUR HST 4642.678 ff</p>
Ziel: Versorgung von 20% aller Kinder bis 3 Jahre in München	
<ul style="list-style-type: none"> zusätzlich notwendige Personalausstattung aufgrund Ausweitung der Kinderkrippen um 4 städtische Krippen 	<p>855 TEUR HST 4642.414 ff</p>
Ziel: Erweiterung des Platzangebotes für Kinder bis zu 3 Jahre (Planungsrichtwert 20%)	

Produkt 2.1.3 „Tagespflege/Großtagespflege“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Einrichtung von 2 Tageskindertreffs (Beschluss des KJHA vom 29.11.2005) 	<p>260 TEUR HST 4642.414 ff</p>
Ziel: Die Systemumstellung der Kindertagespflege in Familien ist erfolgt. Für Ersatzbetreuung stehen 450 Plätze bereit. Die vom Stadtjugendamt vermittelten Tagesbetreuungspersonen sind zu 90 % qualifiziert.	

Produkt 2.1.4 „Kindertagesbetreuung in Eltern-Kind-Initiativen“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung des bisherigen Platzangebots und zusätzlicher Plätze 	1.060 TEUR HST 4642.701.0214.6
Ziel: Bestandserhaltung und Platzausbau um 50 Plätze	

2.2. Produktbereich 4 „Wohnen/ Wohnungsversorgung“

Produkt 4.1.7 „Quartierbezogene Bewohner(innen)arbeit“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung der Bewohnertreffs Arnulfpark, Ackermannbogen, und Freimann/Neusserstraße 	130 TEUR HST 4707.700.0417.9
Ziel: Die Bewohnertreffs in Moosach und Riem werden überwiegend in Selbstverwaltung betrieben. Es sind zusätzliche Bewohnertreffs in den neuen Siedlungen im Arnulfpark, am Ackermannbogen und in Freimann/Neusserstraße geschaffen.	

2.3. Offene Punkte nach dem Eckdatenbeschluss

Für das Handlungsziel 4.3.1 (Rückkehrhilfen; siehe gesonderte Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung) ist ein Sachmitteleinsatz von 50.000,-€ nötig. Demgegenüber stehen Minderausgaben im Bereich der SGB II Leistungen von rd. 100.000,- €. Über die zusätzlich benötigten Mittel konnte im Chefgespräch keine Einigkeit erzielt werden. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration hält diese Maßnahmen für fachlich sinnvoll und notwendig und legt dazu eine gesonderte Beschlussvorlage für den Sozialausschuss am 19.09.2006 zur Entscheidung vor. Über die Mittel für 2007 ist daher im Rahmen des Haushalts zu entscheiden.

3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2007

3.1. Allgemeines

Grundlage für den Haushaltsplan 2007 sind der Eckdatenbeschluss vom 26.07.2006 sowie die in dem Beschluss der Vollversammlung vom 14.12.2005 getroffenen Festlegungen zur Haushaltskonsolidierung. Detaillierte Ausführungen zum Grob- und Feinkonzept 2007 – 2011 und zum Feinkonzept 2007 sind der Beschlussvorlage zur Haushaltskonsolidierung, die ebenfalls in der heutigen Sitzung behandelt wird, zu entnehmen.

3.2. Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – Bewegliches Vermögen

- Der Haushaltsplan-Entwurf (Einzelplan 4) des Sozialreferates für das Jahr 2007 umfasst folgende Beträge :

Verwaltungshaushalt	1.054.366.500,- €
Vermögenshaushalt – bewegliches Vermögen	<u>1.907.200,- €</u>
Gesamtbudget	1.056.273.700,- €

- Hinsichtlich der Haushaltsplanaufstellung im Bereich „Förderung freier Träger“ wird auf die ebenfalls heute dem gemeinsamen Ausschuss vorliegenden Beschlussvorlagen verwiesen, in denen diese Bereiche im Detail behandelt werden.
- Der Haushaltsplan-Entwurf 2007 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – bewegliches Vermögen und MIP) des Einzelplanes 4 (Sozialreferat) ist im einzelnen der Anlage zu entnehmen, die einen wesentlichen Bestandteil dieser Vorlage darstellt.

3.3. Vermögenshaushalt – Maßnahmen (Mehrjahresinvestitionsprogramm)

Im Vermögenshaushaltsplan-Entwurf 2007 sind alle Maßnahmen des gültigen Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2006 – 2010 enthalten, bei denen die Veranschlagungsvoraussetzungen nach § 10 KommHV vorliegen. Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushaltes – Maßnahmen – in 2007 beträgt 48.630.000,- €. Die Minderung der Ansätze im Vergleich zu 2006 beträgt 15.222.000,- € und ergibt sich hauptsächlich durch eine Ansatzkürzung beim Ausgleich von Mindererlösen von Grundstückskosten im Bereich bei der Maßnahme „Kommunales Wohnungsbauprogramm, KomPro B+C, Pauschale“ UA 4356/7590.

4. Personalausgaben

4.1. Sachstand 2006

Im Jahr 2006 wurden die Sparmaßnahmen konsequent fortgesetzt und der Personalhaushalt insgesamt in den „Plusbereich“ geführt. Herausforderungen waren sowohl die Umsetzung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) als auch die Entwicklungen der Fallzahlen und damit der Personalbedarfe im Bereich des SGB II und SGB XII.

4.2. Veränderungen in 2007

Der Personalkostenansatz des Sozialreferates laut Eckdatenbeschluss 2007 (ohne Versorgung und Beihilfe) wird von 165.036.000,- € (gerundet) in 2006 (Ansatz 2006 inkl. 1. NHPL) auf rd. 167.261.000,- € erhöht.

Die Erhöhung von 675.000,- € im pauschal bewerteten Bereich ergibt sich aus Maßnahmen zum Betrieb der Sozialbürgerhäuser, 7 Planstellen für die Aufgabe „Vermittlungsstelle“, einem Bedarf im juristischen Bereich von S-II und einem Beschluss vom 05.04.2006, in dem eine Stelle für eine interkulturelle Erzieherin verabschiedet wurde.

Weitere Veränderungen haben sich im Bereich der Kindertagesbetreuung (Einrichtung weiterer Krippenplätze) in Höhe von 1.581.000,- € und durch Berichtigungen zwischen den Unterabschnitten bzw. Veränderungen bei den Versorgungsbezügen (Gr. 490.1) ergeben.

Die Summe der Personalausgaben erhöht sich damit laut Eckdatenbeschluss von 188.085.000,- € auf 188.421.000,- € und damit um 0,18%.

Der erfolgreiche Weg der Konsolidierung wird im Rahmen des 4. Haushaltssicherungskonzeptes weiter verfolgt, ohne dabei die Aufgabenstellung des Sozialreferates aus den Augen zu verlieren.

5. Allgemeine Haushaltsdaten in der Übersicht

Um sich ein umfassendes Bild über die Haushaltssituation machen zu können, werden in den nachstehenden Schaubildern die Ausgabenentwicklung nach Leistungsarten und das Verhältnis Gesamtausgaben zu Gesamteinnahmen und zu den Unterdeckungen des Einzelplanes 4 (Sozialreferat) für die Jahre 2006 und 2007 dargestellt.

Erläuterungen zu den Schaubildern:

Tabelle 1

Die nachstehende Übersicht gibt eine Darstellung der Ausgaben der Jahre 2006 (inkl. 1. NHPL) und 2007 differenziert nach Leistungsarten :

Leistungsarten	2006 (= incl. 1. NHPL)		2007	
	EURO	%	EURO	%
A. Einzelfallhilfen				
Hilfen nach SGB II /SGB XII und BVG, AsylBLG (2005 inkl. Alt-BSHG)	404.311.540,-	39,98	427.697.600,-	40,56
Hilfen nach KJHG	164.368.400,-	16,25	163.791.400,-	15,54
Zwischensumme	568.679.940,-	56,23	591.489.000,-	56,10
B. Städt. Personalausgaben (ohne Versorgung/Beihilfe)	165.035.700,-	16,32	167.259.500,-	15,86
C. Leistungen an Maßnahme- und Einrichtungsträger	95.460.400,-	9,44	97.494.200,-	9,25
D. Übrige Leistungen	182.066.660,-	18,01	198.123.800,-	18,79
Gesamtsumme	1.011.242.700,-	100,00	1.054.366.500,-	100,00

Erläuterungen zur Übersicht:

Zu A: Bei den Einzelfallhilfen ist (ohne Hilfe nach dem KJHG) von 2006 auf 2007 eine Erhöhung von insgesamt 23.386.060,- € zu verzeichnen. Ursache dafür sind Erhöhungen im Bereich der SGB-Leistungen, gleichzeitig ergeben sich

in den Bereichen des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Kriegsopferfürsorge und des Lastenausgleichsgesetzes Ausgabenminderungen aufgrund von sinkenden Fallzahlen.

Im Bereich der Leistungen des SGB II erhöht sich der Ansatz aus dem Jahr 2006 (inkl. 1. Nachtrag) um 31.800.000,- € auf 239.800.000,- €. Bereits Mitte dieses Jahres zeichnete sich ab, dass der Ansatz 2006 nicht ausreichen wird. Die Kosten für Unterkunft/Heizung pro Bedarfsgemeinschaft haben sich erhöht. Grund dafür sind die drastisch gestiegenen Energiekosten. In 2006 sind bei einer Vielzahl von Bedarfsgemeinschaften erhebliche Nachzahlungen bei den Betriebs- und Heizkostenabrechnungen zu leisten. Daher sind auch in 2007 die laufenden Energiekosten ebenfalls höher anzusetzen. Das Sozialreferat hat vor diesem Hintergrund bereits zum 2. Nachtragshaushalt 2006 zusätzlich 11 Mio. € angemeldet. Die Steigerung in 2007 ist zudem auf die zu erwartende Zunahme von Bedarfsgemeinschaften zurückzuführen. Insbesondere der auf 12 Monate verkürzte Bewilligungszeitraum im Arbeitslosengeld I (ALG I) lässt einen Anstieg im ALG II erwarten.

Im Bereich der gesetzlichen Jugendhilfeleistungen ist der Ansatz leicht reduziert. Das Sozialreferat erwartet durch den Einsatz von 7 zusätzlichen Planstellen in den Vermittlungsstellen der SBH's eine Kostenreduzierung.

Zu B: Nähere Ausführungen unter Punkt 4.2

Zu C: Die Erhöhungen sind bedingt durch die Ausweitung der vertraglichen Leistungen im Bereich der Kindertagesbetreuung bei den freien Trägern und durch zusätzliche Zuschüsse im Bereich der quartierbezogenen Bewohnerarbeit und der Wohnungslosenhilfe.

Zu D: Die Steigerungen in 2007 setzen sich aus verschiedenen Einzelmaßnahmen zusammen, u.a.:

- Einkommensorientierte Förderung 1.843 Mio. € (UA 4983 nicht haushaltsrelevant, da Einnahmen in gleicher Höhe)
- Erhöhung bei den Ansätzen für „kalkulatorische Abschreibungen (Gr. 680) und „kalkulatorischen Zinsen“ (Gr. 685). Diese Kosten sind im Zuge der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesen im Haushalt aufzunehmen.

Tabelle 2

Die Tabelle 2, mit der die Ansätze 2006 und die Anmeldungen 2007 des Verwaltungshaushaltes dargestellt werden, zeigt für 2007 im Vergleich zu 2006 eine Erhöhung bei den Ausgaben und eine Reduzierung bei den Einnahmen.

Verwaltungshaushalt	2006 (inkl. 1.NHPL)		2007	
	EURO	%	EURO	%
Ausgaben	1.011.242.700,-	100,00	1.054.366.500,-	100,00
Einnahmen	256.942.000,-	25,41	242.114.200,-	22,96
Ausgleich	754.300.700,-	74,59	812.252.300,-	77,04

6. Finanzielle Situation (Haushaltsausgabereste)

Gegenüber dem Jahr 2004 (30,846 Mio. €) haben sich die Haushaltsausgabereste des Jahres 2005 auf 28,478 Mio. € verringert. Davon wurden für zweckgebundene Ausgaben 10,982 Mio. € und für gebundene Ausgaben (durch Vertrag, Bescheide und bereits ergangene Aufträge) 12,704 Mio. € entsprechende Haushaltsausgabereste gebildet. Tatsächlich „nichtgebundene Mittel“ sind in Höhe von 4,792 Mio. € aus dem Jahr 2005 in das Jahr 2006 übertragen worden. Diese Mittel werden u.a. dafür eingesetzt, die weitere Realisierung der Sozialbürgerhäuser und die dadurch entstehenden Kosten für Umbaumaßnahmen, Umzüge und ggfs. Ausstattung in 2007 finanzieren zu können.

7. Förderung der Wohlfahrtspflege, Projekte der Zentrale

Seit 2002 orientieren sich die Haushaltsanmeldungen für die Bereiche der Förderung freier Träger an der Struktur des Produktplanes. Die nachfolgend aufgeführten Projekte mit planerischem und regionalem Bezug wurden im Rahmen der 7. Fassung des Produktplan als eigenes Produkt 7.4.1 „Kooperation mit freien Trägern“ in zwei Produktleistungen abgebildet. Die Zuständigkeit verbleibt weiterhin in der Zentrale des Sozialreferates.

- **Produktleistung 7.4.1.1 Förderung der Regionalisierung sozialer Arbeit in München (REGSAM)**

HST 4700.700.0018.2

Ansatz 2006 484.900,- EUR

Bedarf 2007 484.900,- EUR

Kein Mehrbedarf

--,--

=====

- **Produktleistung 7.4.1.2 Förderung der Planungsbeauftragten freien Träger**

HST 4700.700.0001.8

Ansatz 2006 521.523,- EUR

Bedarf 2007 521.523,- EUR

Kein Mehrbedarf

--,--

=====

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Benker, den Verwaltungsbeirätinnen, Frau Stadträtin Oberloher, Frau Stadträtin Gebhardt, Frau Stadträtin Zurek, Frau Stadträtin Meier und Frau Stadträtin Schosser, den Verwaltungsbeiräten, Herrn Stadtrat Pretzl und Herrn Stadtrat Straßer, der Stadtkämmerei, dem Revisionsamt, dem Personal- und Organisationsreferat, dem Sozialreferat/Interkulturelle Arbeit und Migration, der Frauengleichstellungsstelle, dem Direktorium - Ausländerbeirat, dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeauftragten, dem Behindertenbeirat, der REGSAM-Geschäftsführung den Vorsitzenden, Fraktionssprecher/-innen und Kinder- und Jugendbeauftragten der Bezirksausschüsse 1 - 25 wurde je ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet.

II. Antrag des Referenten

A. Kinder- und Jugendhilfeausschuss

1. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nimmt im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vom 26.07.2006 die in der Vorlage dargestellten Haushaltsanmeldungen bei den Unterabschnitten 4070, 4512, 4513, 4514, 4515, 4516, 4521, 4525, 4531, 4534, 4535, 4536, 4541, 4542, 4553, 4554, 4555, 4556, 4557, 4558, 4559, 4561, 4565, 4566, 4573, 4574, 4583, 4591, 4592, 4602, 4642, 4650, 4660, 4661, 4662, 4680, 4681, 4700, 4703, 4706 zur Kenntnis und empfiehlt den zuständigen Stadtratsgremien diese zu genehmigen.
2. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

B. Sozialausschuss

1. Der Sozialausschuss nimmt im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vom 26.07.2006 die in der Vorlage dargestellten Haushaltsanmeldungen bei den Unterabschnitten 4000, 4001, 4015, 4020, 4025, 4030, 4090, 4100, 4101, 4103, 4104, 4110, 4111, 4112, 4113, 4114, 4115, 4116, 4120, 4121, 4123, 4128, 4129, 4130, 4131, 4132, 4140, 4141, 4145, 4147, 4148, 4149, 4150, 4151, 4152, 4160, 4170, 4180, 4190, 4199, 4200, 4210, 4220, 4230, 4240, 4310, 4311, 4350, 4351, 4355, 4356, 4363, 4390, 4391, 4400, 4410, 4701, 4705, 4707, 4820, 4900, 4930, 4981, 4983 zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die für die Rückkehrhilfen notwendigen Mittel in Höhe von 50.000,- € beim UA 4363 im Rahmen des Schlussabgleichs aufzunehmen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird abschließend durch die Vollversammlung des Stadtrates entschieden.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Sozialausschuss

Die Vorsitzende

Der Referent

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Friedrich Graffe
Berufsm. Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt II/2

an die Frauengleichstellungsstelle

an das Direktorium - Ausländerbeirat

z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Personal- und Organisationsreferat**

An den Seniorenbeirat

An den Behindertenbeirat

An den Behindertenbeauftragten

An die Bezirksausschüsse der Stadtbezirke 1 – 25

An S-III-M/IK

z.K.

Am

